

Beschlussvorschlag für den Beirat Findorff

Haushaltsantrag des Beirats Findorff

Gem. § 8 Abs. 4 Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter zum Haushalt 2024/2025

Der Beirat Findorff fordert die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport auf, sich für eine dauerhafte Erhöhung der Haushaltsmittel für die Offene Jugendarbeit im Doppelhaushalt 2024/2025 einzusetzen, damit zukünftig die Angebote der stadtteilbezogenen Träger nicht nur aufrechterhalten werden können, sondern dass das Angebot auch bedarfsgerecht weiterentwickelt werden kann.

Insbesondere geht es unter anderem darum, dass das seit Jahren unterfinanzierte Findorffer Jugendzentrum zukünftig die notwendigen Mittel zur Aufrechterhaltung ihres niederschwelligen Angebots erhält, die auch die jährlichen Steigerungen der Personal- und Betriebskosten abdecken.

Die Mitglieder des Haushaltsausschusses und der Senator für Finanzen werden gebeten, diesen für die stadtteilbezogene Jugendarbeit eminent wichtigen Antrag zu unterstützen.

Begründung

Bei den Beratungen zur Verteilung der Mittel für die Offene Jugendarbeit im Stadtteil stellten die Mitglieder des Findorffer Controlling-Ausschusses immer wieder fest, dass die Zuwendungssumme für die Offene Jugendarbeit nicht ausreicht, um die Arbeit der seit Jahren im Jugendbereich tätigen Träger zu finanzieren.

Damit aber die meisten Angebote der Offenen Jugendarbeit überhaupt durchgeführt werden konnten, ist regelmäßig versucht worden, anderweitig Mittel für die geplanten Projekte zu akquirieren. Über mehrere Jahre hat beispielsweise das Rote Kreuz, Träger des Jugendzentrums Findorffs, aus seinem Gesamthaushalt beträchtliche Mittel für die Jugendarbeit im Stadtteil finanziert. Das hat über Jahre dazu beigetragen, dass die Öffnungszeiten des Hauses nicht reduziert werden mussten.

Im Haushaltsjahr 2022 konnte unter anderem die Reduzierung der Öffnungszeiten des Jugendzentrums von 5 auf 4 Tage nur dadurch verhindert werden, weil die vorhandene Finanzlücke durch den Einsatz von Globalmitteln geschlossen werden konnte.

Diese dauerhafte Unterfinanzierung muss zum Wohle aller Betroffenen umgehend beendet werden, damit die seit Jahren engagierten Träger zukünftig langfristig planen und entscheiden können. Das ist aktuell besonders für eine langfristig gesicherte Personalentwicklung in den Einrichtungen von großer Bedeutung.